



Damit die SP wächst und gedeiht

Bis Ende Oktober darf und soll unser neues Parteiprogramm lebhaft diskutiert werden. Wir geben den Anstoss dazu – mit einer Zusammenfassung, einem Diskussionsleitfaden, Essays und Meinungen von «links»-Leserinnen und -Lesern.

EDITORIAL

Nutzt die Chance, sie kommt so rasch nicht wieder!

Der Entwurf unseres neuen Parteiprogramms hat inner- und ausserhalb der Partei lebhaft und konstruktive Diskussionen ausgelöst. Die Meinungen gehen auseinander. Das ist gut so, beweist es doch, dass die Programmdiskussion einem breiten und tatsächlichen Bedürfnis entspricht. Das wird mir auch bei meinen Besuchen in den Sektionen immer wieder bestätigt: Viele Genossinnen und Genossen sind froh, endlich einen Ort gefunden zu haben, wo grundsätzliche Fragen gestellt werden können und wo fundiert, aber vor allem auch lustvoll debattiert werden kann.



Um diese Debatte überhaupt erst möglich zu machen, musste eine Menge Arbeit geleistet werden. Einen ersten Entwurf hat die Arbeitsgruppe um Hans-Jürg Fehr erarbeitet und damit die Knochenarbeit erledigt. Die Parteileitung hat diesen in der Folge mehrfach diskutiert und weiterentwickelt. Das Resultat ist das Papier, wie es jetzt vorliegt. Noch ist es nicht fixfertig, hat aber dennoch Hand und Fuss und ist als Input für die innerparteiliche Diskussion zu begreifen. Am 31. Oktober wird der Parteitag in Lausanne über die endgültige Fassung befinden und so den Schlusspunkt eines langen und intensiven Prozesses setzen.

Aber eben, bevor es so weit ist, seid zuerst ihr an der Reihe, liebe Genossinnen und Genossen: Führt die Diskussion unbedingt auch in eurer Sektion oder Kantonalpartei, meldet euch zu Wort, bringt Anträge ein. Scheut euch nicht, eure Meinung zu sagen und auch unkonventionelle Ideen einzubringen. Mit dieser Sonderbeilage zum «links» wollen wir einen Anstoss geben und euch den Einstieg in die Diskussion erleichtern. Nutzt die Chance, denn sie kommt so rasch nicht wieder: Ein neues Parteiprogramm gibt man sich nicht jedes Jahr, sondern einmal pro Generation.

Christian Levrat

Ein Espresso und unser



ZUSAMMENFASSUNG Nach einem Espresso weisst du, was drinsteht: «links» macht einen Schnelldurchlauf durch 52 Seiten Parteiprogramm. Nicht der oder dem Lesefaulen zuliebe, sondern um Lust auf die Lektüre zu machen und die Diskussion in den Sektionen zu erleichtern. Stefan Krattiger

I. Die Zeit, in der wir leben

Insbesondere die Globalisierung und die europäische Integration haben die Welt, in der wir leben und in der wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten agieren, tiefgreifend verändert.

Die SP sieht in der **Globalisierung** (→ Seiten 5–7) eine Chance, Menschenrechte zu fördern und Völkerrecht zu Weltrecht weiterzuentwickeln. In den letzten Jahrzehnten hat jedoch vor allem eine Öffnung von Märkten stattgefunden, eine grenzenlose Arbeitsteilung, getrieben durch die Finanzwirtschaft. Die Globalisierung der Politik hingegen blieb auf der Strecke: Grosskonzerne können sich nationalen Gesetzen entziehen, ohne sich internationalen unterordnen zu müssen. Selbst in der wirtschaftlich starken Schweiz profitierten längst nicht alle: Die Armut hat zugenommen, der Graben zwischen Arm und Reich ist grösser geworden. Der politische Druck auf den Sozialstaat wächst, der Sozialabbau verschärft die Probleme zusätzlich.

Die **Europäische Integration** (→ 8–9) ist ein Friedenswerk, das in Europa das Kriegsrisiko nahezu eliminiert hat. Zweifellos, die EU hat Mängel. Es gibt jedoch keinen anderen globalen Player, der so klar für die Menschenrechte und für Leitplanken der Globalisierung eintritt wie die EU. Nirgends sonst hat sozialdemokratische Politik so viele Spuren hinterlassen.

Die Schweiz ist zwar eines der reichsten Länder geblieben, ihr Ruf hat jedoch gelitten. Statt aktiv mitzugestalten, hat sie sich isoliert und sich ausgerechnet diejenigen zum Gegner gemacht, die ihre besten Partner sein sollten. Kein Wunder, blicken diese weg, wenn wir auf internationale Unterstützung angewiesen wären. Die Folge sind aussenpolitische Misserfolge, die von den Isolationisten wiederum dankbar bewirtschaftet werden.

Die Globalisierung ging einher mit einem **Umbruch in Gesellschaft und Arbeitswelt** (→ 10–12). Flexibilisierung ist das Credo, Individualisierung und Prekarisierung die Realität. Qualifikation, Wissen und lebenslanges Lernen werden entscheidend. Das überfordert

Parteiprogramm

und macht Angst. Die Werte von damals sind nicht mehr die Werte von heute, Selbstverständliches kommt ins Wanken und ein neuer Konsens bildet sich: Jeder und jede soll auf eigene Weise glücklich werden können und das Recht haben, die Suche nach sich selbst anzutreten.

II. Unsere Grundwerte

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität (→ 13f) sind unsere Werte – wobei die Gerechtigkeit der zentrale Begriff der Sozialdemokratie bleibt.

Er beruht auf der Überzeugung, dass allen Menschen dieselben Lebenschancen zustehen sollen. Die Voraussetzung, um diese zu nutzen, ist Freiheit. Wir finden nicht, dass jeder seines Glückes eigener Schmied ist und wir verstehen Freiheit nicht als Freiheit der Privilegierten. Sozialdemokratische Politik kämpft dafür, dass auch Menschen mit schlechter Ausgangsposition auf einen grünen Zweig kommen können und nicht dort verharren müssen, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt hat.

Solidarität schliesslich, ist unsere wichtigste Handlungsmaxime und meint die gerechte Verteilung von Wohlstand und Lebenschancen – Umverteilung, verstanden als Korrektur von Ungerechtigkeiten. Die Bürgerlichen haben von den drei Ideen der Aufklärung nur die Freiheit zu ihrem Projekt gemacht und darunter lediglich die Freiheit der Besitzenden verstanden. Die Sozialdemokratie macht mit allen drei Werten ernst.

Das Ziel sozialdemokratischer Politik ist eine möglichst hohe **Lebensqualität (→ 15f)** für möglichst viele Menschen. Der Weg, der zu diesem Ziel führt, heisst Nachhaltigkeit: Die Bedürfnisse der Gegenwart sind zu befriedigen, ohne dass künftige Generationen ihrer Fähigkeit beraubt werden, ihre Bedürfnisse zu befriedigen.

III. Unsere Vision

Seit ihren Anfängen hat die SP die Demokratisierung der Wirtschaft gefordert – im Programm von 1982 als «Überwindung des Kapitalismus» betitelt. Näher gerückt ist das Ziel nicht. Die SP akzeptiert den Kapitalismus nicht als Ende der Geschichte. Denn wir haben eine Vision, der wir uns durch praktische Politik annähern wollen.

Warum (→ 18f)? Weil nicht einzusehen ist, weshalb nur die Staatsmacht demokratisiert ist, nicht aber die Wirtschaftsmacht. Die Bilanz des Kapitalismus nach 150 Jahren Welther-

schaft ist verheerend: Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Armut, das reichste Prozent der Weltbevölkerung besitzt 40 Prozent des Vermögens, eine Milliarde Menschen sind unterernährt, der ausbeuterische Umgang mit der Natur hat zur Erderwärmung geführt, die Kapitalbewegungen auf den Finanzmärkten gefährden ganze Volkswirtschaften und die Politik wird durch die Wirtschaft reguliert, statt umgekehrt.

Aber wie (→ 20–24)? Kapitalismus heisst, dass die Produktionsmittel in privatem Besitz sind. Die Verfügungsgewalt über sie leitet sich aus dem Kapitalbesitz ab. Das Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit ist die Profitmaximierung. Den Kapitalismus überwinden heisst, das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln durch gemeinschaftliches Eigentum zu ersetzen, den Produktionsfaktor Arbeit dem Kapital voranzustellen und die aus dem Kapitalbesitz abgeleitete Wirtschaftsmacht durch die aus Arbeit abgeleitete zu ersetzen.

Anknüpfungspunkte sind vorhanden: Beim Service public werden relevante Bereiche der Volkswirtschaft ausserhalb der kapitalistischen Logik angesiedelt und die Genossenschaft ist das erfolgreiche Gegenmodell zur AG, basierend auf dem demokratischen Grundsatz «ein Mensch, eine Stimme». Mitbestimmung – in der Schweiz inexistent – ist ebenfalls ein geeignetes Instrument. Interessante Ansätze sind zudem die «Mitarbeitergesellschaft» und institutionell gebundenes Kapital der Arbeitnehmenden. Auch die bewährten Staatsbetriebe stellen eine Alternative dar.

IV. Unser Weg

Wir können **mit Sozialpolitik unsere Lebensqualität deutlich verbessern (→ 25–31)**. Dafür braucht der Sozialstaat zwei Beine: Zum nachsorgenden Standbein, das Risiken absichert, muss ein vorsorgendes treten, das dazu befähigt, Chancen zu ergreifen. Dazu gehören auch Gesundheitsförderung, Prävention und die Integration aller in die Gesellschaft. Der Staat ist mehr als eine Reparaturwerkstatt.

Organisation und Struktur der Sozialwerke sind zu kompliziert geworden. Eine allgemeine Erwerbsversicherung, eine Gewichtsverlagerung von den Pensionskassen hin zur AHV und eine Neuausrichtung der Sicherungssysteme auf die demografische Entwicklung tun Not. Ausserdem müssen Investitionen in die Bildung getätigt werden: Chancengleichheit, lebenslanges Lernen und das Recht auf Arbeitsmarktintegration dürfen nicht bloss leere Versprechen bleiben.

Die SP kämpft für **mehr Demokratie und einen wohlgeordneten Staat (→ 31–35)** und will unsere Demokratie weiterentwickeln. Immigrantinnen und Immigranten, die hier leben, sollen wählen und abstimmen dürfen. Gleiches gilt für 16-Jährige. Weniger Gemeinden, weniger Kantone und damit weniger Zweckverbände sind Garant für mehr Demokratie. Damit, aber auch mit einem Beitritt zur EU, wird der Föderalismus belebt. Die SP steht zwar zur direkten Demokratie, aber auch das Volk darf nicht alles: Ein Verfassungsgericht sowie eine Gesetzesinitiative stärken den Rechtsstaat und ein Zukunftsrat soll unser Parlament beraten.

Ebenfalls setzt sich die SP für **starke staatliche Strukturen in Europa und weltweit ein (→ 35–40)**. Aus diesem Grund müssen rasch Beitrittsverhandlungen mit der EU aufgenommen werden – nur so kann die Schweiz Souveränität zurückgewinnen und sich innerhalb der Union für eine Gestaltung der Globalisierung und für mehr Demokratie einsetzen. Unser politisches System muss so reformiert werden, dass die Schweiz in der EU mitregieren kann. International muss sich die Schweiz für gute Regierungsführung, fairen Waren- und Kapitalverkehr, Entwicklung, Klimaschutz und die Regulierung der Finanzmärkte verwenden. Ebenso für die Förderung einer aktiven Friedenspolitik und der Menschenrechte. Die Privatisierung des Gewaltmonopols gehört gestoppt und die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft.

Sorgen wollen wir auch für **soziale und ökologische Leitplanken der Marktwirtschaft (→ 41–48)**. Wir wollen den Markt weder schlechtden noch verharmlosen. Wir wollen seine Qualitäten nutzen und seine Schwächen korrigieren. Denn: Der Markt ist zwar ökonomisch effizient, aber ökologisch und sozial blind. Die SP ist deshalb für global tätige und demokratisch legitimierte Institutionen mit wirksamen Kompetenzen, damit nicht nur die Märkte globalisiert werden, sondern auch die Gerechtigkeit. Progressive Besteuerung, eine Erbschaftssteuer und eine Beschäftigungspolitik dank antizyklischer Konjunkturpolitik, Mindestlöhne, das Recht auf Arbeit, ein starker Service public, eine effektive Regulierung der Finanzmärkte und die Förderung von Zukunftstechnologien machen für die SP eine sozial-ökologische Marktwirtschaft aus.

Wir wollen **mit Nachhaltigkeit der Ökonomie Grenzen setzen (→ 48–51)**. Externe Kosten müssen internalisiert, die Umweltverträglichkeit zur Richtschnur erhoben, das Bodenrecht neu ausgestaltet, erneuerbare Energien gegenüber Erdöl, Gas und Atomenergie gefördert und der öffentliche Verkehr gestärkt werden.

Eure Meinung zum Parteiprogramm

LESERINNENBRIEFE Im «links» 109 haben wir euch gebeten, uns eure Meinung zum Programmentwurf mitzuteilen – was ihr zahlreich getan habt. Nachfolgend ein paar ausgewählte Zuschriften.

«Irgendwo zwischen Markt- und Planwirtschaft umherirrend»

Ein neues Parteiprogramm für die SP, das ist tatsächlich nötig, um die Sozialdemokratie wieder als eine progressive Kraft mit guten Ideen und einem soliden theoretischen Fundament zu positionieren. Die gegenwärtige politische Situation wird denn auch differenziert analysiert und es gelingt, die entscheidenden Fragen der heutigen Zeit anzusprechen. Nur bleibt auch nach der Lektüre der gut fünfzig Seiten unklar, was die SP denn nun genau zu tun gedenkt, wie in einem «evolutionär vorangetriebenen» Prozess, «im Hier und Heute» ansetzend, die «Demokratisierung der Wirtschaft» umgesetzt werden soll. Und überhaupt, worin genau unterscheidet sich in einem demokratischen System die «Demokratisierung der Wirtschaft» von einer klassischen Verstaatlichung? Das neue Programm versucht, auch in der verwendeten Terminologie, sich klar von marxistischen Wurzeln zu distanzieren. Dadurch wirkt es dann aber vor allem unentschieden, irgendwo zwischen Markt- und Planwirtschaft umherirrend.

Roman Troxler, Bern

«Vision oder Utopie?»

Zuerst das Positive: Der zweite Teil, welcher als Grundwerte der Schweizer Sozialdemokraten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität benennt, ist ein gut gelungener Orientierungspunkt. Auch die klaren Forderungen im vierten Teil beurteile ich positiv.

Der erste Teil, der die Stärkung internationaler politischer Institutionen fordert, welche die wirtschaftliche Globalisierung regulieren sollen, ist überzeugend und eine zwingende Forderung im 21. Jahrhundert. Der anschließende euphorische Jubelgesang auf die EU ist aus linker Sicht jedoch teilweise irritierend. Da ist von der «Sozialunion» die Rede, obwohl solche Bestrebungen wiederholt spektakulär gescheitert sind. Die EU ist kein linkes Projekt und wird es auf absehbare Zeit auch nicht sein. Eine nüchterne und differenzierte Argumentation für den EU-Beitritt wäre sinnvoller.

Kontrovers wird nun insbesondere folgende, entscheidende Frage diskutiert: Ist der dritte Teil zur «Wirtschaftdemokratie» Vision oder Utopie? Während der Vision als Zukunftsentwurf zumindest eine minimale Verwirklichungschance zugesprochen wird, gilt die Utopie als unausführbares Konzept. Ich neige dazu, die stellenweise unkritische Wiederbelebung alter Zöpfe in der Kategorie Utopie anzusiedeln. Die Bodenhaftung geht zuweilen verloren.

Nehmen wir als Beispiel die Idee der «Mitarbeitergesellschaft»: Ende der 80er Jahre versuchten die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten in Schweden arbeitnehmerkontrollierte Aktienfonds durchzusetzen. Dies ist an internen Konflikten und massiven Widerständen gescheitert. Wie soll etwas in der Schweiz realisierbar sein, das nicht einmal im Mutterland der Sozialdemokratie funktioniert hat? Man soll nicht päpstlicher sein als der Papst, heisst es doch.

Fabio Wasserfallen,

Institut für Politikwissenschaft der Uni Zürich

«Wie reagiert sozialdemokratische Politik auf Krisensituationen?»

Das Parteiprogramm habe ich mit Interesse gelesen. In der Grundorientierung halte ich es für richtig. Die Themen der Friedenspolitik und der globalen sozialen und ökologischen Verantwortung sollten aber noch profilierter behandelt werden. Es sollte in vermehrtem Masse wahrgenommen werden, dass für solche Themen wegen der heute reduzierten Handlungsspielräume jedes Staates globale Allianzen gesucht werden müssen. Die Organisationen der Zivilgesellschaft erhalten dabei eine wachsende Bedeutung. Unter anderem müssen internationale Sozialforen, gewerkschaftliche Organisationen und weitere Basisbewegungen, unter anderem «Via Campesina», als Gegenbewegungen zur einseitig wirtschaftsorientierten Globalisierung stärker gewürdigt werden. Seit der Veröffentlichung des Entwurfs des Parteiprogramms hat sich die gegenwärtige Krise, unter anderem in Griechenland, gesteigert. Da stellt sich mit zusätzlicher Aktualität die Frage,

wie sozialdemokratische Politik im Hinblick auf solche Krisensituationen aussehen muss. Pauschalverdikte gegen ganze Völker und Volkswirtschaften müssen bekämpft werden. Was in den betroffenen Völkern an Opfern nötig ist, muss nach sozialen Kriterien gestaffelt werden. Damit solche Anliegen wahrgenommen werden können, drängt sich eine entscheidende Konsequenz auf: Es darf nicht sein, dass nach unten hin Opfer auferlegt werden, während nach oben hin die Steuerkraft mit Hilfe von Steuerhinterziehung entflieht. Wo dies hingenommen wird, bricht jede Gesellschaft auseinander.

Jürg Meyer, Basel

«Hätte mir eine härtere Wortwahl gewünscht»

Cédric Wermuth erwähnt die 300 reichsten Schweizer, die gleichviel besitzen wie 95 Prozent der Bevölkerung. Dass ein neues Parteiprogramm vor diesem Hintergrund mit zynischen Bemerkungen kommentiert wird («Gutmensch-Denken» und so weiter), lässt sich leicht erklären. Solange sich ein Grossteil dieser 95 Prozent einbildet, bald der Dreihundertundeine zu sein, wenn er sich nur genug anstrengt, wird er den aktuellen Zustand nicht als ungerecht bezeichnen. Sonst gehörte er auch bald zu den Ungerechten. Solange wir die Parallele zwischen dem Bild vom Esel, der einer Rübe nachläuft, die ihm vor die Nase gehalten wird, und unserer eigenen Situation nicht sehen wollen, so lange wird ein solches Parteiprogramm belächelt werden. Insofern hätte ich mir durchaus eine härtere Wortwahl gewünscht. Diese gäbe einer Vision eben Ecken und Kanten, an der sich die anderen die Knie wund schlagen könnten.

Stefan Weber, Erlenbach

«Keine monokausale Erklärung gesellschaftlicher Probleme»

Der Passus «Überwindung des Kapitalismus» gehört gestrichen. Nicht weil Kapitalismuskritik falsch ist, sondern weil der Begriff emotions-

geladen ist. Er verweist auf monokausalen Kulturmarxismus und ignoriert das Problem der Komplexität. Entsprechend ist der Lösungsvorschlag simplizistisch oder gar irreführend und gefährlich. Es gibt keinen hinreichenden Grund zur Annahme, dass es ein Ende der Geschichte gibt oder eine einzelne Massnahme zu einem erhofften Endzustand führen wird. Wenigstens historisch haben alle vermeintlich definitiven Lösungen zu Fanatisierung und letztlich ins Desaster geführt. Die Urheber des Passus gaukeln der (Partei-) Jugend vor, es gäbe so etwas wie einen Endzustand. Das ist Verführung der Jugend. Ich schlage folgende Formulierung vor: «Zähmung der Marktwirtschaft und Verrechtlichung des Kapitals». Das ist bewusst eine Formulierung, welche keine simple Lösung und keine monokausale Erklärung gesellschaftlicher Probleme impliziert. Aber sie impliziert zwei andere Wertvorstellungen: Das Primat der Politik vor dem Markt und des Rechts vor der Politik. Damit mir nicht der Schierlingsbecher angetragen wird, weise ich darauf hin, dass Wirtschaft, Politik und Recht interdependent, eben komplex sind. Es gibt keinen einzelnen Drehpunkt, um die Welt aus den Angeln zu heben. Dafür gibt es viel Arbeit.

Bernie Graezer, Zürich

«Was unabdingbar dazu gehört, sind Visionen!»

Welchen Aufruhr hat der Entwurf des neuen Parteiprogramms in der vorwiegend bürgerlichen Presse erzeugt. Es ist absurd! Das neue Parteiprogramm ist keineswegs revolutionär. Es ist sehr moderat, unspektakulär, aber auch ernsthaft. Es beharrt zumindest auf den Grundwerten der Linken: Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität. So weit, so gut. Mir feh-

Antragsfristen

Bei der vorgestellten Version handelt es sich um den Vorschlag der Geschäftsleitung. Die endgültige Version soll am 31. Oktober am Parteitag in Lausanne verabschiedet werden. Sektionen, Kantonalparteien und antragsberechtigte Organe haben bis am 31. Juli Gelegenheit, Anträge zum Parteiprogramm einzureichen. Am 20. August wird die Geschäftsleitung diese diskutieren und entsprechend Stellung nehmen, bevor am 10. September die zweite Lesung stattfindet. Nach dem ordentlichen Versand an die Parteitagsdelegierten (Mitte September) haben diese ihrerseits Gelegenheit, bis am 11. Oktober weitere Anträge zur neuen Fassung einzureichen. Sämtliche Anträge schickt ihr bitte an programm-antraege@spschweiz.ch.

len allerdings eine politische Analyse und vor allem eine fundierte Auseinandersetzung mit dem entfesselten Kapitalismus jüngster Prägung und unserem politischen Gegner – aber vielleicht gehört das nicht in ein ordentliches Parteiprogramm schweizerischer Prägung. Was aber unabdingbar dazugehört, sind Visionen. Die Wirtschaftsdemokratie ist der Blick und wäre der konkrete Schritt in eine bessere Zukunft. Die Feststellung, dass der Kapitalismus überwunden werden muss, gehört dazu, auch wenn wir keine Sofortrezepte zu bieten haben und schon gar nicht auf falsche Rezepte der Vergangenheit zurückgreifen wollen. Wenn also diese Visionen, die das Herz bewegen und das Hirn mobilisieren, im Parteiprogramm fehlen, dann ist es nichts mehr wert.

Linda Stibler, Basel

«Wie wollen wir unser Programm umsetzen?»

Der Programmentwurf sollte um die Hälfte bis zwei Drittel gekürzt werden und nur die grundsätzlichen Positionen und Ziele enthalten – keine geschichtlichen Rückblicke, keine langatmigen Erklärungen und Begründungen und keine tagespolitischen Postulate. Ein Parteiprogramm muss kurz, verständlich, einfach und klar in den Aussagen sein. Die Grundziele «Überwindung des Kapitalismus» und «Aufbau einer umfassenden sozialistischen Demokratie» müssen eindeutig zum Ausdruck kommen. Die Programmüberschrift könnte lauten: «Gegen die kapitalistische Barbarei – für die sozialistische Demokratie!» Ins Programm muss unbedingt ein noch zu erarbeitendes Kapitel «V. Strategie und Taktik» aufgenommen werden. Wie wollen wir unser Programm umsetzen?

Marius Romagna, Ittigen

«Zu hochstehend, umschweifend und zurückblickend»

Ich bin ein «altes» und aktives SP-Mitglied. Als Nichtakademiker (Nicht-Wirtschaftsfachmann, sondern Alltagspolitiker) empfinde ich dieses Parteiprogramm als viel zu hochstehend, umschweifend, zurückblickend (bis 1848) und sprachlich schwer verständlich. Es müsste nach meiner Meinung gesamthaft kürzer (50 Seiten liest nur ein Parteiprofi), prägnanter, leichter und allgemeinverständlicher, weniger ausholend, kürzer begründend, illustriert, eine Kurzfassung beinhaltend und leserfreundlicher sein. Trotzdem meinen Dank für die (zu) umfassende Arbeit.

René Borel, Säriswil

Leitfaden: Wie die Diskussion strukturieren?

Die Programmdiskussion kann unterschiedlich geführt werden: Es gibt Sektionen, die besondere Arbeitsgruppen eingesetzt haben, andere laden externe Referenten und Referentinnen ein. Oft ergeben sich auch gute Debatten, wenn die Diskussion intern geführt wird.

Wie auch immer: Es gibt nichts Gutes, ausser man tut es. Die folgende Strukturierung hat sich bewährt:

■ **Ausgangslage:** Regulierung der Globalisierung: Die Globalisierung der letzten Jahrzehnte versteht sich primär als Öffnung von Mär-

ten. Zwar profitiert die Schweizer Volkswirtschaft insgesamt von der Globalisierung, aber die Gruppe der GlobalisierungsverliererInnen wächst. Die SP setzt dem eine Globalisierung der Regulierungen entgegen.

■ **Die Werte:** Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit: Gerechtigkeit ist der zentrale Wert der Sozialdemokratie. Er ist untrennbar mit zwei anderen wichtigen Werten verbunden: Solidarität und Freiheit. Nämlich die Freiheit, dass jede und jeder die Chance hat, etwas aus seinem Leben zu machen.

■ **Die Vision:** Demokratisierung der Wirtschaft: Das heutige System ist ungerecht. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise haben dessen Mängel einmal mehr dramatisch vor Augen geführt. Es braucht eine Vision jenseits des aktuellen Wirtschaftssystems: Die Demokratisierung der Wirtschaft. Sie ist das Gegenmodell zur neoliberalen Marktgläubigkeit: Statt Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche meint sie die Demokratisierung aller demokratisierbaren.

■ **Der Weg:** Sozialstaat, um die vorsorgende Sozialpolitik ergänzen: Der Sozialstaat des 21. Jahr-

hunderts braucht zwei Beine. Der Staat wird damit mehr als ein Reparaturbetrieb. Er entwickelt sich zu einem befähigenden und ermöglichenden Staat weiter, der dafür vorsorgt, dass alle ein selbstbestimmtes und von Bevormundungen aller Art emanzipiertes Leben führen können.

Eine entsprechende Powerpoint-Präsentation, einen ausführlicheren Leitfaden, eine Liste von möglichen Referentinnen und Referenten, der Programmentwurf selbst sowie andere hilfreiche Materialien finden sich auf www.spschweiz.ch/parteiprogramm.

Die Zeit, die wir gestalten

ESSAY Der Parteiprogramm-Entwurf ist eine solide Fleissarbeit, atmet aber zu stark den Geist vergangener Zeiten. Leider setzt er nur auf eine Vision und hat eher Risiken als Chancen neuer Entwicklungen im Auge. Er ist wenig inspirierend. Marc Gebhard

Bereits in den frühen 1990er-Jahren verlangten Parteitage ein neues Parteiprogramm für die SP. Dies, weil die Welt sich ab 1989 rasant und radikal zu verändern begann: Der epochale Zusammenbruch der totalitären kommunistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa, der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, neue technologische Entwicklungen wie Internet und Mobiltelefonie sowie als Folge davon eine massiv beschleunigte Globalisierungswelle führten in vielerlei Hinsicht zu einer neuen Weltordnung.

Das alte Parteiprogramm der SP Schweiz von 1982 konnte auf diese neuen Entwicklungen keine Antworten geben. Die Parteispitze unter Peter Bodenmann versenkte die Parteitagswünsche nach einem neuen Parteiprogramm dennoch in der Schublade und kümmerte sich lieber ausschliesslich um die kurz- und mittelfristige Problemlösung. Vermutlich sorgte sich die damalige Führungsriege wegen Flügelkämpfen und Wolkenschiebereien, die bei solch langfristigen Richtungsdokumenten drohen. Die Erarbeitung einer langfristigen programmatischen Ausrichtung ist in der Tat mit vielerlei Tücken und Risiken verbunden: Alle relevanten Flügel in der Partei müssen sich in einem solchen Dokument einigermas-

Es ist durchaus denkbar, dass wir Ende dieses Jahres ein neues Parteiprogramm haben, das einen breiten Konsens findet.

sen wiedererkennen können – trotzdem darf es nicht konturlos sein. Es muss auf bestehenden Positionen aufbauen und dennoch auch einen visionären, innovativen Ansatz haben. Und es sollte nicht nur für potenzielle Neumitglieder verständlich, sondern auch differenziert und scharf genug formuliert sein, um den intellektuellen Ansprüchen seiner Zeit zu genügen.

So gesehen ist es wirklich mutig, dass die SP Schweiz sich nach fast 30 Jahren ein neu-



es Parteiprogramm verpassen will. Und es ist auch nötig. Denn nur wer sich neben der wichtigen Tagespolitik auch um die langfristige Perspektive kümmert, verhindert richtungslose politische Irrfahrten.

Hält der Entwurf für das neue Parteiprogramm die in ihn gesteckten Erwartungen? Man muss leider feststellen: Er tut dies nur zum Teil. Die Analyse verharrt vor allem in den 1950er-, 1960er- und 1970er-Jahren und geht dann sehr rasch auf die Zeit der aktuellen Wirtschaftskrise ein. Doch dazwischen lagen die 1980er- und 1990er-Jahre, deren historische Umbrüche nicht nur für die Sozialdemokratie von elementarer Bedeutung sind. Zu Recht betont das Programm, die internationale wirtschaftliche Talfahrt im Jahr 2008 habe gezeigt, dass zu wenig Regulierung die Wirtschaft ruiniert. Genauso hat aber der ökonomische Zusammenbruch des Ostblocks 1989/1991 belegt, dass zu viel Regulierung ebenso zum wirtschaftlichen Niedergang führt. Es braucht ein vernünftiges Mass an Regelungen, um das heutige Wirtschaftssystem sozial und ökologisch zu bändigen.

Sätze wie «die Globalisierung ist kein Vorgang, den wir prinzipiell ablehnen» zeigen,

dass die neuen Positionen etwa aus dem Positionspapier «Menschenwürdige Arbeit für alle – die soziale Gestaltung der Globalisierung» von 2007 nicht wirklich im Programm-Entwurf Eingang fanden. Dasselbe gilt bei anderen Themenkomplexen wie der Integrations- oder der Sicherheitspolitik.

Im Analyseteil etwa ging der Klimawandel als grosse Herausforderung unserer Zeit vergessen. Leider wird zudem kaum auf den aktuellen SP-Ansatz im Bereich Cleantech eingegangen. Dieser weist über den Tag hinaus und zeigt, dass die SP endlich wieder eine aktive Industriepolitik betreiben will. Eher schimmert im Text eine gewisse Ängstlichkeit vor technischen Entwicklungen durch.

In einem fast schon monumentalen Ausmass geht das Programm auf die Vision der Wirtschaftsdemokratie ein. Ein sympathisches Anliegen – nur haben die letzten Jahrzehnte gezeigt, dass es leider nicht gerade zu Begeisterungstürmen führt und auch nicht stark mobilisierend wirkt. Die erwähnten Genossenschaften wie Migros, Coop oder die Schweizer Mobiliar sind heute noch weniger demokratisch organisiert als irgendeine Aktiengesellschaft. Deshalb ist es wohl mässig geschickt, dieses Thema als einzige Vision in den Raum zu stellen. Warum nicht als Vision auch den vorsorgenden Sozialstaat aufnehmen? Oder den ökologischen Umbau der Wirtschaft?

Trotzdem – wenn es uns gelingt, bis im Oktober mit entsprechenden Anträgen die teilweise verstaubte Terminologie zu entrümpeln, neuere Positionen der letzten Jahre einzubauen sowie Freude am Gestalten der Gesellschaft durchblicken zu lassen und den Visionsanteil durch weitere Themenfelder zu ergänzen, ist es durchaus denkbar, dass wir Ende dieses Jahres ein neues Parteiprogramm haben, das einen breiten Konsens findet. Jetzt aber wirkt der Programmwurf über weite Strecken verzagt und ängstlich und man hat den Eindruck, er kümmere sich weniger um die Zeit, in der wir leben, als um die Zeit, in der wir leiden.

MARC GEBHARD *arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Bern. Er ist seit 1987 SP-Mitglied.*

Eine verbalradikale Übertreibung

ESSAY Der Entwurf für ein neues Parteiprogramm hält an der Vision einer anderen als der bestehenden Ordnung fest. Das ist mutig und verdient Anerkennung. Willy Spieler

Trotzdem halte ich die Überwindung des Kapitalismus für eine verbalradikale Übertreibung und wundere mich, dass von demokratischem Sozialismus nicht mehr die Rede ist.

Der Kapitalismus wird mit den Sätzen definiert: «Die Produktionsmittel sind in privatem Besitz. Die Verfügungsgewalt über sie leitet sich ausschliesslich aus dem Kapitalbesitz ab. Das zentrale Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit ist die Profitmaximierung.» Nach dieser Definition wäre der global sich ausbreitende Neoliberalismus der zu seinem Wesen gelangte (oder in sein Wesen zurückgekehrte) Kapitalismus. Aber ist das der Kapitalismus? Es ist der «Kapitalismus, wie wir ihn kennen» (Elmar Altvater). Doch selbst die Überwindung dieses neoliberalen Kapitalismus will dem Entwurf nicht so recht gelingen.

Die Widersprüche beginnen schon beim Service public, in dem angeblich «relevante Bereiche und Betriebe der Volkswirtschaft [...] ausserhalb der kapitalistischen Logik angesiedelt» sind. Entwickelt sich der Service public heute nicht im Gegenteil zu einem neuartigen Staatskapitalismus, New Public Management genannt? Die Verselbständigung der Unternehmen – von SBB und Swisscom bis zu den Schulen und Spitälern – führt bislang nur zu neuen Leitungshierarchien, die immer mehr nach kapitalistischer Logik funktionieren, ohne jede Mitbestimmung der Beschäftigten und Betroffenen.

In der Privatwirtschaft soll «die zumindest gleichberechtigte Teilhabe der Arbeitenden an der Wirtschaftsmacht» eingeführt werden. Damit wäre der Kapitalismus wenigstens «halbiert». Gar nichts mehr zu sagen hätte das private Kapital in Genossenschaften oder Mitarbeitergesellschaften. Gut so! Aber wie verhielten sich die demokratisierten Unternehmen im harten Konkurrenzkampf des als «effizient» gepriesenen Marktes? Wären sie frei von kapitalistischer Ellenbogenmentalität? Oder müssten sie sich aus dem Markt ausklinken, um solidarisch miteinander zu kooperieren? Wie verhielte sich die Wirtschaftsdemokratie gar zum EU-Binnenmarkt? Der Vertrag von Lissabon hat eine neoliberale Markt- und Eigentumsideologie festgezurr, mit der die Vision



des Programmentwurfs nicht mehr kompatibel wäre. Sollten wir das bei allem Lob für die Europäische Union nicht auch sagen?

Schliesslich stellt der Entwurf die Überwindung des Kapitalismus gleich selbst zur Disposition: «Wer den Kapitalismus überwinden will, stellt sich nicht in Gegensatz zu denen, die ihn lediglich zähmen oder steuern wollen. Beides sind legitime Formen von sozialdemokratischer Politik. Es gibt hier kein Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch.» Der Zähmung des herrschenden Kapitalismus soll wohl auch die «vorsorgende Sozialpolitik» dienen. Unter diesem Titel ist jetzt auf einmal «ein selbstbestimmtes und von Bevormundungen aller Art emanzipiertes Leben» schon möglich, wenn die Menschen sich für den «Arbeitsmarkt» qualifizieren. Gibt es ein richtiges Leben im falschen, ökonomische Emanzipation in einer fremdbestimmten Wirtschaft?

Warum nicht sagen: Wir ringen dem Kapitalismus immer mehr Terrain ab, um immer mehr soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen? Das war die Idee des demokratischen Sozialismus, der aus dem Programmentwurf verbannt wurde. Vermutlich wollte man nach dem Scheitern

des real existierenden Sozialismus auch im demokratischen Sozialismus nicht länger ein Hoffnungswort erkennen. Dabei hatte das Programm von Lugano 1982 noch festgehalten: «Vom Standpunkt des demokratischen Sozialismus kann das sowjetische System nicht als sozialistisch bezeichnet werden.»

Ich empfehle der Geschäftsleitung, dem Hamburger Programm 2007 der SPD nicht die «vorsorgende Sozialpolitik» abzuschreiben, sondern jene Stelle, in der es über den demokratischen Sozialismus heisst: «Das Ende

Warum nicht sagen: Wir ringen dem Kapitalismus immer mehr Terrain ab, um immer mehr Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftsdemokratie zu verwirklichen?

des Staatssozialismus sowjetischer Prägung hat die Idee des demokratischen Sozialismus nicht widerlegt, sondern die Orientierung der Sozialdemokratie an Grundwerten eindrucksvoll bestätigt. Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.»

WILLY SPIELER ist Sozialethiker und ehemaliger Zürcher Kantonsrat. Der langjährige Redaktor der «Neuen Wege» hat massgeblich am ersten Entwurf des neuen Parteiprogramms mitgearbeitet.

Gedanken eines Neumitglieds

ESSAY In den wilden 68er-Jahren studierte ich in Berlin an der Freien Universität. Wenn man dort das Hauptgebäude betrat, stand in der Eingangshalle eine ganze Reihe von Tischen. Charles Lewinsky

Hinter jedem sass der Vertreter einer anderen Fraktion und versuchte die Eintretenden von der Richtigkeit seiner politischen Ansichten zu überzeugen.

Bei den grösseren Gruppierungen war es gedruckt, bei den kleineren hektographiert. Das war aber schon der deutlichste Unterschied zwischen ihnen. Sonst unterschieden sie sich nämlich nur in kleinen Details. Marxistisch waren sie alle, etwas anderes konnte man sich damals an der FU gar nicht vorstellen. Aber diese grundsätzliche Gemeinsamkeit führte nicht etwa dazu, dass sie sich zusammenschlossen. Im Gegenteil: Sie strafte sich gegenseitig mit Verachtung oder beschimpften sich als Klassenverräter und Kapitalistenknechte. Weil jedem von ihnen sein eigenes Rezept zur Weltveränderung wichtiger war als die Chance, zumindest einen Teil dieser Veränderungen auch tatsächlich umzusetzen.

Sie haben dann ja auch nichts erreicht. Wo es zu Veränderungen kam, waren sie den Kapitalistenknechten und Klassenverrättern von der Sozialdemokratie zu verdanken. Aus jener Zeit habe ich eine tiefverwurzelte Skepsis gegenüber Parteiprogrammen jeder Art mitgenommen. Sie hat mich mein Leben lang davon ab-

Eine Partei bleibt nur dann lebendig, wenn in ihr gestritten und diskutiert wird. Um die Ziele und um die Wege.

gehalten, in eine Partei einzutreten. Und nun habe ich es, kurz vor Erreichen des AHV-Alters, doch getan. Warum eigentlich?

Weil mich der Entwurf zum neuen Parteiprogramm der SP so restlos überzeugt hat? Ähm... Eigentlich nicht. Sondern weil ich unterdessen kapiert habe, dass man eine hundertprozentige Übereinstimmung mit den eigenen Ansichten auch gar nicht erwarten darf. Um es parlamentarisch auszudrücken: Man muss auch



mit einer Mehrheit zufrieden sein. Ausser man sehnt sich nach einem Platz am Sektierertischchen. Die Leute damals im Universitätsfoyer, die waren von jedem einzelnen Buchstaben ihres jeweiligen Programms überzeugt. Aber dafür konnten sie ihre Parteiversammlungen auch in der Küche einer WG abhalten. Mehr Leute kamen da nicht zusammen.

Manchmal, um das gleich gesagt zu haben, wehte mich auch bei der Lektüre des neuen Parteiprogramms ein leiser Hauch (fast hätte ich geschrieben: ein leiser Muff) von 68er-Theorielastigkeit an. Vor allem im Kapitel über die Demokratisierung der Wirtschaft. Nicht dass ich an den dort formulierten Visionen viel auszusetzen hätte. Ich würde es auch schön finden, wenn die Welt anders wäre, als sie ist. Wer nicht? Aber ich halte es in der Politik doch eher mit Helmut Schmidt, der einmal gesagt hat: «Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.» In einem Parteiprogramm möchte ich nicht nur die hehren Ziele finden, sondern auch die Wege, die dorthin führen könnten. Davon hätte ich gern mehr gelesen.

Und dann ist da natürlich noch dieser andere Punkt, diese Grundsatzfrage, in der ich ganz und gar nicht mit den erklärten Zielen der

Schweizerischen Sozialdemokratie übereinstimme. Was einen Beitritt unseres Landes zur EU anbelangt, bin ich nämlich mehr als skeptisch. Weil mich ein Gebilde nicht überzeugt, das von oben herab eingeführt wurde und von oben herab regiert wird. Wo von niemandem gewählte Kommissare Entscheidungen treffen, die dann für jeden Bürger verbindlich sind. (Ich habe mich immer darüber amüsiert, dass die EU-Gründer ausgerechnet das Wort «Kommissare» gewählt haben. Dasselbe Vokabular, das auch die marxistischen Fundamentalisten damals an der FU so liebten. Wobei sie sich natürlich alle selber zu diesem Amt berufen fühlten.)

Trotz dieser kritischen Haltung bin ich in die SP eingetreten. Der Entwurf des neuen Parteiprogramms hat mich darin bestätigt, dass diese Entscheidung richtig war. Wie gesagt, ich finde nicht alle meine Überzeugungen darin wieder. Aber doch bedeutend mehr als bei jeder anderen Partei. Und bis jemand ein Programm entwirft, das ich zu hundert Prozent unterschreiben kann, werde ich leider zu alt sein, um noch den Kugelschreiber zu halten.

Und ausserdem: Eine Partei bleibt nur dann lebendig, wenn in ihr gestritten und diskutiert wird. Um die Ziele und um die Wege. Und ob man nun die Weltrevolution so oder so in Gang bringen sollte.

Muss man, um in eine Partei einzutreten, mit allem übereinstimmen, was in deren Programm steht? Dann hätte ich mich nie der SP anschliessen dürfen. Und ich habe es trotzdem dieses Jahr getan. Warum eigentlich?

Weil ich glaube, dass es in der Politik keine endgültigen Antworten gibt.

CHARLES LEWINSKY ist Schriftsteller, Drehbuchautor und seit Februar dieses Jahres SP-Mitglied.